

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Wohnsituation von Flüchtlingen verbessern

Die Lebenssituation von Flüchtlingen, die in den ersten drei Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung und anschließend mindestens ein Jahr in einer Übergangseinrichtung leben, ist schwierig. Flüchtlinge sind keine Auswanderer. Die meisten kommen ungewollt nach Deutschland und leiden an ihrer Situation, die sich durch die Unterbringung oft noch verschärft. Die meisten Bremer Wohnheime sind sanierungsbedürftig und keines ist barrierefrei. Soziale Konflikte auf Grund traumatischer Erlebnisse und die räumlichen Gegebenheiten in Wohnheimen im Zusammenhang mit interkulturellen Problemen führen zu hochgradig belastenden Situationen für die Betroffenen.

Es wäre daher begrüßenswert, wenn Flüchtlinge auf eigenen Wunsch auch vor Ablauf des ersten Jahres in eine eigene Wohnung wechseln könnten. Hierbei bräuchten sie allerdings Unterstützung und auch nach dem Umzug gut erreichbare Ansprechpartner. Welche Kosten durch eine veränderte Unterbringung entstehen, müsste insbesondere unter haushalterischen Gesichtspunkten genau überprüft werden. Übergangswohnheime können nicht einfach zu Gunsten von Wohnungen geschlossen werden, da Bremen im Notfall verpflichtet ist, 0,93% der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aus Politik und Verwaltung, Akteuren aus dem Flüchtlingsbereich und der bremischen Wohnungsbaugesellschaft einzusetzen, die der Stadtbürgerschaft bis zum 30.11.2012 einen Bericht vorlegt, der insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigt:

- Überprüfung der realen Machbarkeit einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen, insbesondere vor dem Hintergrund der erforderlichen und der tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnungskapazitäten, die für Flüchtlinge in der Stadtgemeinde Bremen angemietet werden können.
- Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für die vermehrte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen, welches die tatsächlichen Kosten einer Unterbringung in Übergangswohnheimen in der Stadtgemeinde Bremen mit denen möglicher Wohnungen für Flüchtlinge in der Stadtgemeinde Bremen und der dort entstehenden Zusatzkosten vergleicht.

- Fortsetzung und Ausbau der Unterstützung der Flüchtlinge durch Beratungsangebote unter Beteiligung der in Bremen aktiven Flüchtlingsinitiativen und –projekte, mit dem Ziel der verbesserten Integration der Flüchtlinge im jeweiligen Stadtteil.
- Gewährleistung der gleichbleibenden Erreichbarkeit von in Wohnungen lebenden Flüchtlingen im Rahmen des Asylverfahrens.
- Entwurf eines Stufenplans, der die Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadtgemeinde Bremen regelt und dabei auch die speziellen Bedarfe von Familien und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt unter der Voraussetzung einer vorher geprüften finanziellen Machbarkeit.

Sigrid Grönert, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU